



Niederschrift

19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 27.10.2020
Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anja Heigl	DIE aNDERE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Herr Chaled-Uwe Said	AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis

sachkundige Einwohner

Herr Horst Heinzl	BürgerBündnis
Herr Werner Pahnhenrich	CDU
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE
Herr Marcel Schulz	SPD

Herr Bernd Rubelt Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Stefan Matz	BI Fahrland	entschuldigt
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Michael Mehlmann	Beirat für Menschen mit Behinderung	unentschuldigt
Frau Dr. Ursula Zufelde	Seniorenbeirat	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 und vom 22.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
KUM + Änderungsantrag
 - 4.2 Prioritäten Gehwegsanierung
Vorlage: 20/SVV/0991
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3 Nutzung der Fläche gegenüber der Haltestelle "Campus Jungfernsee"
Vorlage: 20/SVV/0998
Fraktion CDU
B/Sp.
 - 4.4 Fähre 1 vom Kiewitt nach Hermannswerder
Vorlage: 20/SVV/1001
Fraktion CDU
KUM, + Äa Herr Jäkel
 - 4.5 Pop-Up-Fußgängerzone in der östlichen Brandenburger Straße

Vorlage: 20/SVV/1010
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE Linke
KUM

- 4.6 Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" (OT Groß Glienicke), 1. Änderung, Teilbereich Nordwest, aktueller Sachstand zum Planänderungsverfahren
Vorlage: 20/SVV/0823
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR GG
(Mitteilungsvorlage)
- 4.7 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft
Vorlage: 20/SVV/0892
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern
- 6.1 Wohnmobilstellplatz neben dem Alten Krug in OT Marquardt
- 6.2 B-Plan-Änderung Nr. 88 Südflanken Park Sanssouci /Geschwister Scholl Straße
- 6.3 Kündigungen von Kleingärten in der Berliner Vorstadt
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 und vom 22.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 08.09.2020 erfolgen

keine Hinweise. Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 22.09.2020 erfolgen keine Hinweise. Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass zu den Tagesordnungspunkten

- 6.1 Wohnmobilstellplatz neben dem Alten Krug im OT Marquardt der Ortsvorsteher Marquardt, Herr Roggenbuck, sowie Herr Schulze sowie
- 6.2 B-Plan-Änderung Nr. 88 Südflanken Park Sanssouci/Geschwister-Scholl-Straße Herr und Frau Meyer zu Altenschildesche

anwesend, für welche Rederecht beantragt wird.

Herr Dr. Niekisch bittet die beiden Punkte vorzuziehen und nach dem TOP 3 einzuordnen.

Herr Heuer bittet um Information, wie diese beide Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung gekommen sind. Insbesondere zum TOP 6.1 befindet sich ein Antrag der CDU-Fraktion (Moratorium für die Nutzungsuntersagung des Wohnmobilstellplatzes im OT Marquardt, Flur 6, Flurstück 138, DS 20/SVV/1182) im Geschäftsgang, welcher in der kommenden Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. Die Diskussion sollte nicht vorgezogen stattfinden.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass hier Probleme aufgetreten sind und er die Möglichkeit eröffnen wollte, darüber im Ausschuss zu sprechen. Von daher habe er als Ausschussvorsitzender gebeten, die beiden Punkte 6.1 und 6.2 auf die Tagesordnung zu setzen und die vorgenannten Personen zur Wahrnehmung von Rederechten ermutigt.

Auf Nachfrage informiert Herr Rubelt, dass im Sinne der Ökonomie von Sitzungen eine zielgerichtete Diskussion und Berichterstattung im Zusammenhang mit dem angesprochenen Antrag sinnvoller wäre.

Frau Hüneke schließt sich ihrem Vorredner an, den Punkt 6.1 heute nicht zu behandeln, da ein Vorgriff nicht dem Prozedere entspreche.

Herr Pfrogner kann den Argumenten von Herrn Heuer und Frau Hüneke folgen. Aufgrund der Anwesenheit der Gäste empfiehlt er jedoch, zumindest die Wahrnehmung der Rederechte zu gestatten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Verbleib des TOP 6.1 auf der TOP zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 4/5/0 – damit entfällt TOP 6.1

Der Antrag 20/SVV/1182 wird in der kommenden Sitzung aufgerufen.

Zum TOP 6.2 informiert der Ausschussvorsitzende, dass es zur beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88 einen Konfliktpunkt gebe. Von daher

habe er veranlasst, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Mit der Möglichkeit der Wahrnehmung des Rederechtes für die Anwohner sowie der erwarteten Information seitens der Verwaltung, könne eine Aufklärung zur Entschärfung der Situation beitragen.

Für die Verwaltung informiert Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung) zu den Verfahren der Bauleitplanung. Er bestätigt, dass es noch Konflikte mit der Scholle 51 gebe und die Verwaltung sowohl die Betreiber der Scholle 51 als auch die Anwohner zu einem Erörterungstermin eingeladen habe, um zu sehen, wie weit der Konflikt entschärft werden könne. Die Verwaltung wird im Ergebnis eine Verwaltungsvorlage zu diesem Abwägungsprozess vorbereiten und in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung bringen.

Frau Reimers unterstützt die Auffassung von Herrn Goetzmann und erinnert, dass bei einem Bebauungsplanverfahren grundsätzlich mindestens dreimal die Möglichkeit gegeben wird, sich damit auseinanderzusetzen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Verbleib des TOP 6.2 auf der TOP zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 2/6/1 – damit entfällt TOP 6.1

Frau Reimers informiert, dass sie gebeten habe, den TOP 6.3 Kündigungen von Kleingärten in der Berliner Vorstadt auf die Tagesordnung zu nehmen. Es gibt dort bei einem gesichertem Kleingartengelände Verschiebungen hinsichtlich der Eigentümersituation. Die Verwaltung wird um Information gebeten, ob die Politik hier aktiv werden müsse.

Herr Rubelt bestätigt, dass die Verwaltung auf die präzise Frage antworten könne.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Verbleib des TOP 6.3 auf der TOP zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Die Vorstellung von Bauvorhaben ist erfolgt.

Herr Jäkel berichtet, dass bis auf die Frage zur Grünplanung am Brauhausberg (zwischen dem blu und dem Minsk) alle Fragen beantwortet werden konnten. Es wurde gebeten, zur nächsten Vorrunde ein Vorher- / Nachherplan vorzulegen

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern

Vorlage: 20/SVV/0938

Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

KUM + Änderungsantrag

Herr Jäkel bringt den Antrag für die Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist dem Antrag einstimmig gefolgt.

Frau Heigl bringt folgenden Änderungsantrag ein und führt aus, dass es wichtig sei zusätzlich zu prüfen, inwieweit ein Wasseranschluss vorhanden ist bzw. geschaffen und eine Toilette aufgestellt werden könne.

„Die Drucksache wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld (**bspw. Schaffung von Toiletten und Wasseranschluss auf dem Platz**) sowie einer nachhaltigen Entsiegelung und Begrünung einzuleiten. Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händlern zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2021 zu berichten.“

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) erinnert, dass die Gestaltung des John-Bouman-Platzes das Ergebnis eines Anfang 2016 durchgeführten freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbes sei. Dieser erfolgte wurde in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 2015. Damit ist die Gestaltung des Johan-Bouman-Platzes das Ergebnis eines aufwändigen Verfahrens unter Beteiligung der Öffentlichkeit, Vertretern aus dem Ausschuss und den Fraktionen, der Wirtschaft und der zuständigen Fachbehörden.

Herr Schenke bittet zu beachten, dass die Einleitung von Maßnahmen bedeuten würde, Umbaumaßnahmen vorzunehmen, so dass die Verwaltung die Ablehnung des Antrages empfiehlt. Die Organisation eines Wasseranschlusses für die Händler ist möglich. Herr Schenke betont, dass die Platzgestaltung einem regelmäßigen Wochenmarkt nicht entgegen stehe.

Herr Schenke schlägt vor, den Antrag in einem Prüfauftrag umzuwandeln.

Frau Hüneke unterbreitet den Vorschlag auf Zurückstellung des Antrages und zur

Durchführung eines Vor-Ort-Termines, um sich ein Bild von Situation und den Möglichkeiten machen zu können. Die Wiedervorlage des Antrages im Ausschuss sollte dann nach dem Vor-Ort-Termin erfolgen.

Herr Heinzel macht auf den durchgeführten Realisierungswettbewerb und die damit vorhandenen Urheberansprüche aufmerksam. Zudem sei die Durchführung eines Wochenmarktes nicht Aufgabe der Stadt, sondern würde bei Interesse von Händlern initiiert.

Herr Heuer unterstützt als Mit Antragsteller die Durchführung eines Vor-Ort-Termines vor einer abschließenden Behandlung.

Frau Heigl verweist auf den vorliegenden Ergänzungsantrag ihrer Fraktion und spricht gegen die Zurückstellung des Antrages. Die Abstimmung könne heute vorgenommen werden und der Vor-Ort-Termin auch im Nachgang durchgeführt werden.

Auch Frau Dr. Günther spricht sich als Mit Antragstellerin gegen eine Zurückstellung aus. Sie wirbt dafür, die Vor-Ort-Begehung im Rahmen des Prüfauftrages vorzunehmen.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag jetzt abzustimmen, ob dem Vorschlag von Frau Hüneke gefolgt werden könne.

Dafür spricht Herr Heuer, da die Fragen bei dem Ortstermin konkretisiert werden könnten.

Dagegen spricht Herr Jäkel und schlägt vor, das Wort einzuweisen gegen das Wort zu prüfen auszutauschen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag von Herrn Kirsch (Zurückstellung des Antrages, Durchführung eines Vor-Ort-Termines und anschließende Wiedervorlage im Ausschuss) zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 6/3/0 – damit wird der Antrag, einschließlich des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE aNDERE zurückgestellt.

zu 4.2 **Prioritäten Gehwegsanierung**

Vorlage: 20/SVV/0991

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird von Herrn Jäkel eingebracht. Er erinnert an die vor Jahren von Frau Woiwode im Ausschuss vorgestellte Planung und Prioritätensetzung. Er bittet um Aufzeigen der Planung für die kommenden 5 Jahre.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) informiert, dass die Verwaltung den Antrag grundsätzlich unterstützt und bestätigt, dass die Stadtverordneten in Form einer Mitteilungsvorlage im Jahr 2018 letztmalig über den Abbau des Instandsetzungsstaus auf kommunalen Verkehrsanlagen informiert worden ist. Zwischenzeitlich wurde und wird die Übersicht über alle kommunale Verkehrsanlagen fortgeschrieben. Jedoch sieht sich die Verwaltung nicht in der Lage die Berichterstattung, wie im Antrag vorgesehen, bereits Ende 2020 vorzunehmen. Von daher schlägt Herr Schenke eine Berichterstattung im 1. Quartal 2021 vor und dann als jährliche Berichterstattung fortzuführen.

Herr Jäkel übernimmt als Antragsteller die Terminstellung 1. Quartal 2021.

Herr Rubelt bittet die Berichterstattung für den Fachausschuss Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) festzulegen und bittet um eine auf die Gremienstruktur ausgerichteten Informationen.

Herr Jäkel kann dem Vorschlag insofern folgen, dass die Berichterstattung auch im KUM erfolgen könne, jedoch nicht nur im KUM.

Frau Reimers verweist auf die 14tägigen und oft bis 22.00 Uhr dauernden Sitzungen des SBWL-Ausschusses und bittet die Ausschusszuständigkeitsordnung zu berücksichtigen. Sie spricht sich für eine ausschließliche Berichterstattung im KUM-Ausschuss aus. Die Teilnahme von Vertretern des SBWL-Ausschusses sei bei Interesse möglich.

Frau Reimers stellt den Geschäftsordnungsantrag, die BE nur für den KUM vorzusehen.

Frau Hüneke spricht dagegen. Die Berichterstattung sollte in beiden Ausschüssen erfolgen. Dem schließt sich Herr Jäkel an.

Der Ausschussvorsitzende stellt zur Abstimmung, ob die Berichterstattung sowohl im KUM als auch im SBWL-Ausschuss vorgenommen werden soll.

Abstimmungsergebnis: Mehrheit dafür bei 2 Gegenstimmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der OB wird beauftragt, den aktuellen Plan der Verwaltung für die Sanierung von Gehwegen in Potsdam für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre aufzuzeigen. Ziel ist es dabei, verbindlich festzulegen, in welcher Abfolge der unstrittige Bedarf bei der Sanierung der vorhandenen Gehwege abgearbeitet werden soll.

Dazu ist dem SBWL **und dem KUM-Ausschuss** jährlich Bericht zu erstatten, erstmalig **Ende-2020 im 1. Quartal 2021.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Nutzung der Fläche gegenüber der Haltestelle "Campus Jungfernsee"**Vorlage: 20/SVV/0998**

Fraktion CDU

B/Sp.

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag als Prüfauftrag ein.

Herr Dr. Zöller macht aufmerksam, dass bereits mit den Ausführungen in der Antragsbegründung das Prüfergebnis vorweggenommen worden ist und der Prüfauftrag somit nicht erforderlich sei.

Herr Jäkel unterstützt das Antragsanliegen. Die Prüfung, ob eine sportliche Nutzung möglich sei, könne trotzdem erfolgen. Die Prüfung einer Schullnutzung, wie vom Ausschuss für Bildung und Sport vorgeschlagen, sei hingegen nicht erforderlich.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung) informiert zur Genese des in der Begründung (Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 83 „Campus am Jungfernsee“, 1. Änderung, Teilbereich Nedlitzer Holz –DS 16/SVV/0523) angesprochenen Bebauungsplanes sowie zu den Sachverhalten. Das in Schul- und Sportnutzung geänderte Votum aus dem Ausschuss für Bildung und Sport ist exakt das, was Gegenstand des vorgenannten Bebauungsplanes gewesen ist. Hier habe es intensive Abstimmungen mit den Landesebenen gegeben. Die Ablehnung erfolgte aufgrund des Denkmalschutzes. Herr Goetzmann führt dazu aus, dass das Brandenburgische Landesamt für Denkmalschutz und Archäologisches Landesmuseum die Landeshauptstadt Potsdam noch während des Beratungsgangs zum obenstehenden Änderungsbeschluss darüber informierte, dass die betrachtete Fläche zusammen mit anderen Teilen der ehemaligen Bornimer Feldflur als Gartendenkmal unter Denkmalschutz gestellt wurde. Die Bezeichnung des Denkmals lautet: Elemente der ehemaligen Bornimer Feldflur (Alleen und Feldwege, Remisen und Holzungen, Acker- und Wiesenflächen, Hecken und Gräben), Potsdam – Nordraum. Mit der Eintragung in die Landesdenkmalliste wurde die geplante bauliche Nutzung des Standorts faktisch ausgeschlossen, der Aufstellungsbeschluss mit Beschluss der SVV vom [27.09.2016](#) (Drucksache 16/SVV/0523) aufgehoben.

Hinsichtlich der im Antrag genannten Terminstellung – Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2020 – verweist Herr Goetzmann auf die Geschäftsordnung und die erheblichen zeitlichen Vorläufe. Die Berichterstattung müsse in Form einer Mitteilungsvorlage vorgelegt werden, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt fertig sein müsste. Realistisch wäre hier allenfalls März 2021.

Herr Dr. Niekisch übernimmt als Antragsteller die Terminstellung März 2021.

In der weiteren Diskussion stellt Frau Hüneke den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung. Die Verwaltung wird um die Übermittlung der denkmalrechtlichen Stellungnahme gebeten (Anlage zur Niederschrift). Der Antrag wird in der kommenden Sitzung erneut aufgerufen und der SBWL-Ausschuss kann sich in Kenntnis der Stellungnahme zu dem Antrag positionieren.

Der Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag von Frau Hüneke zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7/0/2 – damit wird der Antrag bis zur Sitzung am 10.11.20 zurückgestellt.

zu 4.4 **Fähre 1 vom Kiewitt nach Hermannswerder**

Vorlage: 20/SVV/1001

Fraktion CDU

KUM, + Äa Herr Jäkel

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag ein, welchem der KUM-Ausschuss gefolgt ist:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Fähre 1 mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nicht nur von 6 bis 20.00, sondern kurzfristig – **im Sommerhalbjahr** – von 6 bis 22:00 Uhr einschließlich der Wochenenden verkehrt. Das mittelfristige Ziel der weiteren Ausweitung des Verkehrs wird **ein Jahr nach realisiertem Fährbetriebs bis 22:00 Uhr evaluiert.**“

Herr Schenke empfiehlt für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) den Antrag abzulehnen. Er macht aufmerksam, dass im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2019 – 2023 bereits die Prüfung vorgenommen worden ist, ob und wie die Fähre Montag bis Freitag zwischen 6 und 24 Uhr verkehren könne. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Fähre nach Ende des Schülerverkehrs kaum noch genutzt wird. An den Wochenenden verteilt sich die Nachfrage (rund 200 Fahrgäste/Tag) relativ gleichmäßig auf den Zeitraum von 8 bis 16 Uhr. Vor 8 und nach 16 Uhr besteht kaum eine Nachfrage, im Tagesverlauf gibt es zudem eine Vielzahl leerer Fahrten.

Um den umweltpolitischen Zielen der LHP dennoch gerecht zu werden, wurde ein Kompromiss gefunden, der sich in der aktuellen Fortschreibung des Nahverkehrsplanes wiederfindet. Demnach soll das Angebot der Fähre an Wochentagen auf 6 Uhr bis 20 Uhr ausgeweitet werden, was einer Verlängerung von 1 Stunde am Morgen sowie über 1,5 Stunden am Abend entspricht.

Herr Dr. Niekisch übernimmt für den Antragsteller die Fassung aus dem KUM-

Ausschuss.

Frau Reimers plädiert dafür zunächst anzusehen, was mit dem Fährbetrieb passiert. Sie bittet die Entwicklung der Fahrgastzahlen über einen längeren Zeitraum abzuwarten.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Fähre 1 mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nicht nur von 6 bis 20.00, sondern kurzfristig – **im Sommerhalbjahr** – von 6 bis 22:00 Uhr einschließlich der Wochenenden verkehrt. Das mittelfristige Ziel der weiteren Ausweitung des Verkehrs wird **ein Jahr nach realisiertem Fährbetriebs bis 22:00 Uhr evaluiert.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	0

zu 4.5 Pop-Up-Fußgängerzone in der östlichen Brandenburger Straße

Vorlage: 20/SVV/1010

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE Linke

KUM

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Dr. Niekisch informiert, dass der KUM-Ausschuss den Antrag mit 2/3/4 abgelehnt habe.

Herr Said bittet die Belange der Anwohner zu berücksichtigen und spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Heuer sieht keinen Grund, hier bis zum 15.11.20 vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Eile sei hier nicht erforderlich.

Herr Dr. Zöllner verweist auf den Diskussionsprozess Werkstattverfahren zur Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße und hält das Parken der Anwohner für ein lösbares Problem.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) macht aufmerksam, dass der Beschlusstext zwei Teile habe. Der erste Teil wird bereits im Zuge der Umsetzung des Innenstadtverkehrskonzeptes berücksichtigt. Jedoch wären für die Umsetzung des zweiten Teiles entsprechende Umbauten erforderlich. Erst nach den erfolgten Umbauten sei eine Anordnung als Fußgängerzone möglich. Der Umbau wird voraussichtlich in 2022/2023 vorgenommen.

Herr Schenke ergänzt, dass es sich beispielsweise beim Weihnachtsmarkt um eine jeweils temporäre Lösung auf der Basis einer Sondernutzung handelt.

Herr Jäkel schlägt vor und beantragt im 1. Absatz das Wort baldmöglichst einzufügen und den 2. Absatz zu streichen

Herr Dr. Zöller äußert als Mit Antragsteller Einverständnis zu diesen Änderungen.

Herr Heinzel bittet zu beachten, dass baldmöglichst keine klare zeitliche Einordnung hat. Im Grunde ist der Antrag inhaltlich bereits durch Verwaltungshandeln erledigt und es bedarf keiner Abstimmung.

Herr Dr. Zöller erwidert, dass baldmöglichst in spätestens 2024 zu interpretieren sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der östlichen Brandenburger Straße **baldmöglichst** eine Fußgängerzone einzurichten.

~~Die Fußgängerzone gilt mit Beginn des Weihnachtsmarkts 2020. Falls der Weihnachtsmarkt nicht bzw. nicht in der östlichen Brandenburger Straße stattfindet, beginnt die Gültigkeit mit dem 15.11.2020.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	1

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" (OT Groß Glienicke), 1. Änderung,

Teilbereich Nordwest, aktueller Sachstand zum Planänderungsverfahren

Vorlage: 20/SVV/0823

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR GG

(Mitteilungsvorlage)

Herr Dr. Niekisch bittet den Sachstand kurz zu erläutern.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung) geht auf die in der Mitteilungsvorlage dargestellten wesentlichen Kernpunkte anhand eines Planes ein.

Frau Dr. Günther erkundigt sich nach der Allgemeinfläche.

Herr Goetzmann informiert über die erfolgte Korrektur der Fläche für den Gemeinbedarf. Die Fläche für den Gemeinbedarf bezeichnet die Art der Nutzung, die auf dieser Fläche stattfinden darf. Während vorher die Nutzung für Schule, Sport und Kita vorgesehen worden ist, ist zwischenzeitlich die Nutzung für eine allgemein breiter ausgerichtete Zuordnung von Gemeinbedarfsnutzungen (Schule, Kindertagesstätte, öffentliche Verwaltung und vergleichbare Einrichtungen, Anlagen für kulturelle Zwecke, Anlagen für soziale Zwecke) vorgesehen.

Frau Dr. Günther bittet in der Niederschrift festzuhalten, dass Sportflächen in Potsdam erforderlich sind und ständig gesucht werden. Insofern sei ihr unverständlich, weshalb hier eine große für Sport vorgesehene Gemeinbedarfsfläche in eine Gemeinbedarfsfläche für weitere Nutzungen vorgesehen worden ist. Sie spricht sich entschieden dagegen aus.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0823 zur Kenntnis.

zu 4.7 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft

Vorlage: 20/SVV/0892

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung

(Mitteilungsvorlage)

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0892 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Keine

zu 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern

zu 6.1 Wohnmobilstellplatz neben dem Alten Krug in OT Marquardt

Entfällt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 6.2 B-Plan-Änderung Nr. 88 Südflanken Park Sanssouci /Geschwister Scholl
Straße**

Entfällt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 6.3 Kündigungen von Kleingärten in der Berliner Vorstadt

Frau Reimers erinnert, dass bereits an verschiedenen Stellen der Stadt versucht worden ist, Kleingartenflächen anderen Nutzungen zuzuführen. Sie bittet um Auskunft zum Sachverhalt und den Möglichkeiten, ggf. dagegen vorzugehen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung) stellt dar, dass die private Fläche der Kleingartenanlage im Bebauungsplan Nr. 35-1 „Nördliche Berliner Vorstadt“ als Dauerkleingärten gesichert ist. Es wurde festgestellt, dass der VGS nicht Rechtsnachfolger des VKSK (Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter – aufgelöst 1990) geworden ist. Zwischenzeitlich ist der VGS (Kreisverband Potsdam der Garten und Siedlerfreunde e.V.) als Zwischenpächter nicht mehr in Besitz der Flächen. Es gibt Gespräche zwischen den Beteiligten, Vertreter der Gartensparte, der Verwaltung unter beratender Einbeziehung des VGS.

Das Bundeskleingartengesetz gibt die Möglichkeit, dort wo eine privatrechtliche

Klärung nicht greift, an Kleingärtner zwischen zu verpachten (Abschluss von bundeskleingartengesetzkonformen Pachtverträgen).

Im Augenblick besteht kein politischer Handlungsbedarf, sondern nur Handlungsbedarf für die Verwaltung. Der ist verwaltungsseitig in Arbeit.

zu 7 **Sonstiges**

Herr Said bittet in der nächsten Sitzung um Informationen zu folgenden Punkten und Aufnahme in die Tagesordnung:

- Änderung zum Flächennutzungsplan „Kramnitz“ 14/17 B.
Die Verwaltung wird gebeten, kurz Bericht zu erstatten, um was für Änderungen es sich handelt und warum diese vorgenommen wurden?
Dazu erscheint eine Diskussion sinnvoll.

- Sachstand zum Weg zwischen Forstallee und Rehsprung 14476 Potsdam (OT Groß Glienicke)
Im Amtsblatt 03/2017 wurde bekannt gemacht, dass der genannte Weg dem öffentlichen Verkehr gewidmet wurde und den Status einer Straße erhielt. Allerdings tut sich dort seitdem nichts mehr. Die Verwaltung wird gebeten zu informieren, für wann Baumfällungen und andere Maßnahmen geplant sind, um diese neue Straße herzustellen und bis wann die Arbeiten abgeschlossen sein sollen.

Dagegen erfolgt kein Widerspruch. Die beiden Punkte werden unter dem Tagesordnungspunkt: Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern auf die Tagesordnung der Sitzung 10.11.2020 gesetzt.